

RESTART NOW!

Österreichs Weg aus der Krise an die Spitze



ECONOMICS CORNER
„Whatever it takes!“ -
Der Fluch der Politik

Seite 2



AUSBLICK
Wie COVID-19 zu einer Chance
für das Klima werden kann

Seite 8



WIEN
Industrie als Teil
der Lösung stärken

Seite 10

„Whatever it takes“? Warum die Politik vor der Politik gerettet werden sollte

Die vergangenen Wochen haben wieder einmal eindrucksvoll das Primat der Politik unter Beweis gestellt. Doch was können wir daraus lernen?

Eigentlich hat es sich schon schrittweise in kleinen Dosen in den vergangenen Jahren weltweit angekündigt. Der freie Markt darf zwar den Wohlstand tagtäglich erarbeiten und den Fortschritt am Leben erhalten, aber wenn das „Große und Ganze“ gefährdet ist, muss die Politik zum Wohle aller das Ruder in die Hand nehmen. Das ist im Prinzip auch richtig so und in Krisenzeiten durchaus angebracht, aber leider findet dieser Eingriff meist nicht mit dem erhofften „großen dahinterstehenden Plan“ statt, sondern im Normalfall eher überhastet und „alternativlos“.

Ein „Konjunkturpaket“ schafft noch lange keine privaten Investitionen, genauso wenig wie eine „Exportoffensive“ tatsächlich Exporte, oder ein „Green Deal“ der EU-Kommission nicht zwingend „grüne Jobs“ schafft.

Groß entschieden, aber klein geplant

Erfahrungen aus aller Welt haben gezeigt, dass die Politik oft ihre großen Entscheidungen nicht strategisch, sondern eher (Wahl-)taktisch getroffen hat. Sie hat nicht agiert, sondern reagiert. Sie hat nicht große Herausforderung vorhergesehen und dann mit ruhiger Hand und langem Atem gezielt und bewusst Maßnahmen gesetzt, sondern eher in einer Schockreaktion die Keule des „whatever it takes“ geschwungen. Vom überhasteten Atomausstieg nach Fukushima oder dem „wir schaffen das“ in Deutschland bis hin zum weltweiten Protektionismus nach Trump und Brexit oder dem zukunftsweisenden „Green Deal“ in der EU nach Greta. Kurz: Die Politik hat immer groß entschieden aber klein geplant.

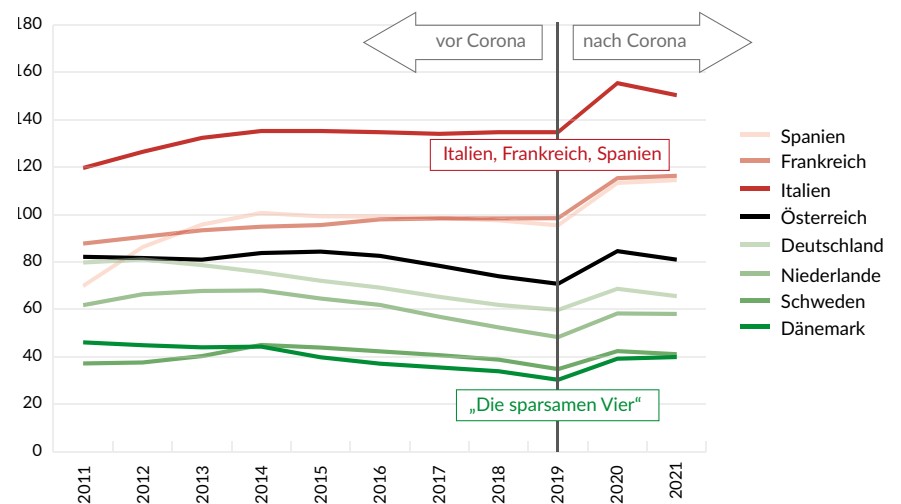
Das liegt wahrscheinlich in der Natur der Sache, denn die Politik wird im Gegensatz zum Unternehmertum immer nur „an den Vorhaben und nicht an den Ergebnissen gemessen“, wie es Milton Friedman schon vor vierzig Jahren treffend beobachtet hat. Ein „Konjunkturpaket“ schafft noch lange keine privaten Investitionen, genauso wenig wie eine „Exportoffensive“ tatsächlich Exporte, oder ein „Green Deal“ der EU-Kommission nicht zwingend „grüne Jobs“ schafft.

Rettungsschirm für die Politik in guten Zeiten

Aus der aktuellen Krise können wir zwei Lehren ziehen: Erstens, so nebenbei

Maßvoll vs. "whatever it takes" vor der Krise

Staatsschulden in % des BIP bei ausgewählten EU-Mitgliedstaaten



Quelle: IMF Fiscal Monitor, April 2020

Jene EU-Länder, die in der Vergangenheit in der Fiskalpolitik nicht auf das Motto „whatever it takes“ gesetzt haben, können heute wesentlich mehr Spielraum vorweisen, um die Krise zu meistern.

bemerkt, sehen wir rechtzeitig vor der großen anstehenden Klimadebatte welchen Preis die Allgemeinheit für eine politisch gewünschte und künstlich herbeigeführte Entschleunigung zahlt. Und zweitens sehen wir, dass jene EU-Mitgliedstaaten, die in der Vergangenheit in der Fiskalpolitik nicht auf das Motto „whatever it takes“ gesetzt haben (man nennt sie manchmal auch verächtlich die „sparsamen Vier“), heute wesentlich mehr Spielraum vorweisen können, um die Krise zu meistern. Einige von ihnen haben sogar mit strikten Schuldenregeln im

Verfassungsrang die „Politik vor der Politik“ gerettet. Vielleicht ist ja das die Hauptlehre aus der Krise: Mit einem Rettungsschirm für die Politik in „guten Zeiten“ brauchen wir vielleicht keinen Rettungsschirm für die Unternehmen in schlechten Zeiten.

KONTAKT

Clemens Wallner,
Wirtschaftspolitischer Koordinator
der IV: clemens.wallner@iv.at

GASTKOMMENTAR

Das Geld muss in der Realwirtschaft ankommen

Die Regierung hat zu Beginn der Krise rasch und entschlossen gehandelt. Aber nun muss sie die Corona-Hilfspakete ebenso schnell in die Wirtschaft bringen. Das soll nun beschleunigt werden.

Wir müssen uns keine Sorgen machen, um Österreichs Banken. Sie sind gut kapitalisiert in die Coronakrise gegangen und haben nun ausreichend Reserven, um diese schwierige Zeit zu überstehen. Das gilt aber nicht für ihre Kunden – die vielen kleinen und mittleren Betriebe, gut geführte Familienunternehmen und industrielle Flaggsschiffe, die konstant Aufträge an Land ziehen. Seit jeher sorgen sie dafür, dass Österreich eines der wohlhabendsten Länder auf der Welt ist.

Die staatlichen Maßnahmen im Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus haben die Wirtschaft hart getroffen. Zulieferketten sind unterbrochen, der Konsum ist zurückgegangen, einige Branchen mussten komplett zusperrern. Die Bevölkerung hat ihre Aktivitäten aufs Notwendigste reduziert, der Außenhandel ist wegen der geschlossenen Grenzen beeinträchtigt. Die Wirtschaft läuft auf Sparflamme, auf Dauer ist das nicht durchzuhalten.

So sind die Milliarden-Hilfspakete nicht als Almosen zu sehen, sondern als angemessene Entschädigung für nicht selbst verschuldete Einnahmehausfälle. Die Regierung hat zu Beginn der Krise schnell und entschlossen reagiert. Das hat ihr Zustimmung im Land und Ansehen im Ausland verschafft. Doch der gute Start ist nichts wert, wenn das Hilfskonstrukt beim zweiten Schritt in sich zusammenbricht. Wenn die Maßnahmen nicht auch so rasch und konsequent umgesetzt werden, wie sie eingeführt wurden, wird sich die Situation drastisch verschlechtern. Wir würden an Wohlstand einbüßen und im globalen Wettbewerb zurückfallen. Es würde Jahre dauern, das wieder aufzuholen.

Es gibt keinen Grund in Frage zu stellen, ob die Politik alles tut, was sie kann, um das zu verhindern. Aber man sollte genauer hinschauen, wie die Politik alles tut, was sie kann. Denn die üppigen Hilfen kommen derzeit zu langsam bei jenen an, die sie dringend brauchen. Jede verstrichene Woche, in der soliden Unternehmen nicht geholfen wird, ist eine

verlorene und teure Woche für unsere Volkswirtschaft. Unternehmer klagen, dass sie trotz genehmigter Garantien noch immer keinen Überbrückungskredit erhalten haben – und beschuldigen die Banken, auf der Bremse zu stehen.

Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Regierung hat ihre Förderstellen damit beauftragt, die Milliardenhilfen abzuwickeln. Die heikle Prüfung, wem eine Garantie zu steht, wurde an die Banken übertragen. Sie müssen entscheiden, wer die Förderkriterien erfüllt und wer nicht. Das bringt sie nicht nur an die Grenze ihrer Kapazitäten, sondern es ist auch mit Risiken verbunden: Wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass Staatshilfe gewährt wurde, obwohl kein Anspruch bestand, könnte sich die Republik an den Banken schadlos halten – und die politische Verantwortung von sich weisen.

Das Problem wurde erkannt und die Regierung hat die Banken kürzlich von dieser Aufgabe entbunden. Neuerdings muss jeder

Unternehmer selbst eidesstaatlich bestätigen, ob er oder sie die Förderkriterien erfüllen. Sowohl Banken als auch das Finanzministerium erwarten, dass die Kreditvergabe dadurch deutlich angekurbelt wird. Ob die Verlagerung der Risiken von Banken auf den einzelnen Unternehmer ausreicht, um mehr Geld in die Realwirtschaft zu bringen, wird sich rasch weisen.



Kamil Kowalcze schreibt im Economist in der Tageszeitung „Die Presse“.

Fotos: Die Presse

Weniger ist jetzt viel mehr

Österreich braucht sowohl eine Stärkung der Investitionen, als auch des Konsums. Das geht nur mit spürbarer Entlastung, die auch Zuversicht und Optimismus auslöst.

Österreich war bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie vielen anderen Ländern voraus. Das ist nun auch beim wirtschaftlichen Restart-Programm geboten. Es ist dringend notwendig, dem Primat der Gesundheit auch die klare Priorität für Wirtschaft und Beschäftigung folgen zu lassen. Es geht konkret um die Stärkung der Investitionen und des Konsums, denn wir leiden unter einem Nachfrage- und einem Angebotsschock.

In jedem Fall ist Entlastung die richtige Therapie. Die Ankurbelung des Konsums durch die geplante Steuerentlastung ist ein wichtiger Schritt, denn wir brauchen dringend eine Steigerung der Konsumneigung. Gleichzeitig müssen die richtigen Maßnahmen für Anreize und Entlastung auf Unternehmensseite gesetzt werden. Dabei würde etwa ein Investitionsfreibetrag für digitale und klimapolitisch relevante Investitionen die richtige Wirkung zeitigen. Ein investitionsgetriebenes Wachstum ist der sicherste und nachhaltigste Weg aus der Krise. Ebenso sollten Anreize gesetzt werden, um die Leistung, Engagement und Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt zu fördern – etwa durch

steuerlich attraktive Rahmenbedingungen im Bereich der Mitarbeiterbeteiligung.

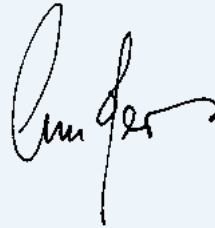
Die Industriellenvereinigung erarbeitet aktuell ein konkretes Maßnahmenprogramm, um Entlastung und Investitionen bestmöglich zu verbinden (siehe Titelgeschichte). Ebenso wichtig ist es, die Resilienz des Standortes zu fördern und auch einen Plan zum Abbau der „Corona“-Schulden zu entwickeln. Auch, wenn das derzeit vielleicht noch unpopulär ist: Das schulden wir nicht nur der nächsten Generation, sondern auch unserer staatlichen Handlungsfähigkeit in der nächsten Krise.

Der Weg aus der Krise wird kein leichter sein. Österreich verfügt über die notwendigen Voraussetzungen – mit innovativen Unternehmen, gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, moderner Infrastruktur etc. –, um diese Jahrhundert-Herausforderung zu bewältigen. Grundsätzlich kann die Krise auch mit Chancen verbunden sein, wenn es gelingt, wichtige Schlüsselindustrien und -technologien zu halten oder – im Idealfall – wieder nach Europa oder Österreich zu bringen. Dafür braucht es vor allem wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, damit Österreich als

Frontrunner der Digitalisierung aus der Krise herauskommen kann. So könnte das Land etwa zu einem „Tech for Green“-Champion oder auch zu einem sogenannten „Life Science“-Zentrum geformt werden.

Ein umfassendes strategisches Reset-Programm für Österreich ist nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern auch eine notwendige Orientierung und Perspektive für die Zukunft. Die von der Bundesregierung angekündigten Schwerpunkte – Steuerentlastung für arbeitende Menschen, Entlastung der Wirtschaft, Förderung von Investitionen – sind ein wichtiges Signal. Nun müsste sie rasch und konkret umgesetzt werden, unter anderem, um Unternehmen ein notwendiges Maß an Planungssicherheit zu ermöglichen.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„

„Wir sind eine Exportwirtschaft. Unser Wohlstand ist davon abhängig, dass wir über die Grenzen hinaus denken und arbeiten. Insofern ist es für uns wichtig, dass auch die grenzüberschreitenden Warenströme rasch wieder in Gang kommen.“

Elisabeth Engelbrechtmüller-Strauß,
Geschäftsführerin
Fronius International GmbH

„

„Der gemeinsame Weg muss auch über die intensive Krisenphase hinausgehen. Klassenkampf und Ideen aus dem letzten Jahrhundert sind das Letzte was wir jetzt brauchen.“

Hubert Rhomberg, Geschäftsführer
Rhomberg Bau Holding GmbH

„

„Corona bestehen heißt, sich auf die Zeit danach vorzubereiten, erste Lehren aus der Krise mitzunehmen und Weichen für die Zukunft zu stellen. Die Digitalisierung ist eine davon. Sie hat als eine der wenigen positiven Nebenwirkungen der Coronakrise einen enormen Schub erfahren.“

Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG

IV-MEINUNG

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



AUF EINEN BLICK

Wie wirkt sich die COVID-19-Pandemie auf die einzelnen Wirtschaftssektoren aus? Mehr zum Thema
auf Seite 4.

Kann COVID-19 eine Chance für das Klima sein? Mehr dazu
auf Seite 8.

Über den intensiven Dialog zwischen Unternehmen und Politik sowie die wichtigsten IV-Kommunikationsaktivitäten, lesen Sie
auf Seite 5.

Welche Veränderungen COVID-19 für das heimische Bildungssystem bringen kann, lesen Sie
auf Seite 8.

ZAHL DES MONATS

80

Österreichs Unternehmen werden in Zeiten des Corona-Virus zu 80 Prozent als fair im Umgang mit ihren Mitarbeitern wahrgenommen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage von Research Affairs hervor. Beinahe jeder zweite Österreicher (43 Prozent) bewertet die Firmen derzeit als „sehr fair“, weitere 37 Prozent sehen ihren Arbeitgeber als „eher fair“. Gestiegen ist zudem das Bewusstsein für das Sinnstiftende ihrer Arbeit für 62 Prozent der Befragten. Für rund jeden Dritten (30 Prozent) hat seine Arbeit durch die Coronakrise an Bedeutung gewonnen, für 56 Prozent ist sie unverändert hoch.

Drei Schwerpunkte für ein Comeback der Wirtschaft

Entlastung der Menschen und Wirtschaft sowie Investitionen:
Ende April hat die Politik ihre Schwerpunkte zur Ankurbelung der Wirtschaft vorgelegt.

Die Bundesregierung hat ein Maßnahmenpaket angekündigt, mit dem der Wirtschaftsstandort Österreich möglichst rasch die, durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten konjunkturellen Erschütterungen überwinden und zu alter Stärke zurückfinden soll. Dabei hat sie 3 Kernbereiche definiert, in denen entsprechende Maßnahmen gesetzt werden sollen:

Steuerentlastung der Menschen.

Hier sollen vor allem niedrige Einkommen

entlastet werden, um vor allem den Konsum zu stützen.

Entlastung der Wirtschaft.

Die Maßnahmen sollen nicht zuletzt auf konkrete Anreize abzielen, um Menschen in Beschäftigung zu halten sowie neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Regionalisierung.

Einerseits soll es in den genannten Bereichen Investitionen seitens der öffentlichen Hand geben. Andererseits will man verstärkt

Anreize setzen, um privates Kapital zu mobilisieren. Zur Regionalisierung wurde betont, dass es eine Lehre aus der Krise sein müsse, bestimmte Produktionen (Medizinprodukte usw.) wieder nach Österreich zurückzuholen, um Abhängigkeiten zu reduzieren.

Aus Sicht der Industrie sind die Bemühungen der Bundesregierung wesentlich, den Wirtschaftsstandort für die Zeit nach der Krise möglichst stark zu positionieren. Erfreulich ist vor allem das klare Bekenntnis zu einer Entlastung von Menschen und Unternehmen sowie der klare Fokus auf Investitionen.

Denn der sicherste und nachhaltigste Weg aus der Krise ist es, Unternehmen möglichst zu entlasten, ihnen Anreize für Investitionen zu bieten und damit Beschäftigung zu sichern und zu schaffen.

Zur konkreten Ausarbeitung der Maßnahmen wird es in den kommenden Tagen und Wochen Gespräche unter anderem mit den Sozialpartnern und auch der Industriellenvereinigung sowie Leitbetrieben geben, in denen die IV die Gelegenheit nützen wird, den berechtigten Anliegen der Industrie eine starke Stimme zu geben.

IV-KONJUNKTURBAROMETER

WIE SICH COVID-19 AUF DIE HEIMISCHE WIRTSCHAFT AUSWIRKT

Die Pandemie hat für einen konjunkturellen Fadenriss gesorgt. 2020 muss mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um 7,6 Prozent gerechnet werden.

Österreich befindet sich in der schwersten Rezession (in Friedenszeiten) seit 1929. Im April präsentierte die IV aktuelle Berechnungen über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die heimische Wirtschaft: Im Vergleich zu 2019 ist für heuer mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung in Höhe von 7,6 Prozent zu rechnen. Eine Analyse von IV-Chefökonom Christian Helmenstein zeigt zudem, dass es durch die Corona-Pandemie zu einem simultanen Auftreten sowohl von Angebots- als auch Nachfrageschocks kommt. Ersteres etwa in Form von Betriebsschließungen, zweiteres durch eine negative Einkommensdynamik, sodass der Absatz von Gütern und Dienstleistungen insgesamt zurückgeht.

Negativdynamik der Krise 2008/2009 übertrifft

Die IV hat zwei Szenarien berechnet: ein Realszenario und ein Positivszenario. Im Realszenario, dem derzeit die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit zugemessen wird, verringert sich die Bruttowertschöpfung in Österreich im Gesamtjahr 2020 COVID-19-bedingt um 30,9 Mrd. Euro. Dies wäre vom Umfang her 8,7 Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung – doppelt so viel wie nach der Krise 2008/2009.

Zudem hat die IV – als erste Organisation in Österreich – errechnet, wie sich dieser wirtschaftliche Schaden auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche auswirkt (siehe Grafik): Neben der Industrie besonders betroffen sind die Tourismuswirtschaft, der Einzelhandel und sonstige Dienstleistungen (etwa Flug- oder Landverkehr).

Tiefrotes IV-Konjunkturbarometer

Tiefrot präsentiert sich auch das IV-Konjunkturbarometer aus dem 1. Quartal 2020, welches als Mittelwert aus den Beurteilungen der gegenwärtigen Geschäftslage und der Geschäftslage in sechs Monaten bestimmt wird. Sein Wert stürzt um 37,8 Punkte von plus 18,0 Punkten auf -19,8 Punkte ab. In der Historie des IV-Konjunkturbarometers kam es in den vergangenen 25 Jahren noch nie zu einem derart großen Punktverlust. An der aktuellen IV-Konjunkturbefragung zum 1. Quartal 2020 beteiligten sich 313 Unternehmen mit rund 212.000 Beschäftigten.

Einbruch bei Geschäftserwartungen

Die COVID-19-bedingte Rezession stellt selbst noch die Negativdynamik des Jahres 2008 in den Schatten. Dabei ist es weniger die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage, welche den Absturz des IV-Konjunkturbarometers bewirkt. Dessen Lagekomponente

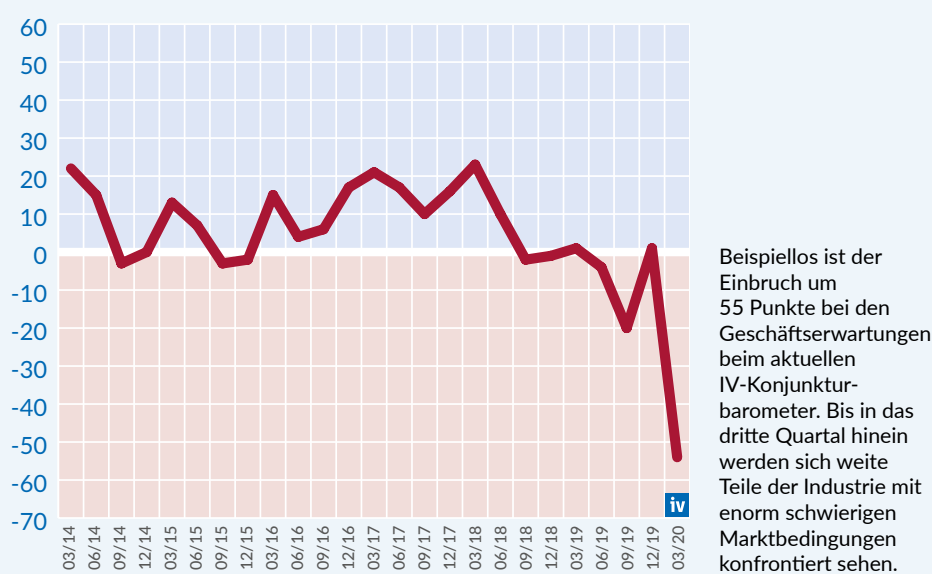
geht um „lediglich“ 21 Punkte zurück, vielmehr ist es der beispiellose Einbruch bei der Komponente der Geschäftserwartungen um 55 Punkte. Bis in das dritte Quartal hinein werden sich weite Teile der Industrie mit enorm schwierigen Marktbedingungen konfrontiert sehen.

Wie kann es weitergehen? Eine wirtschaftliche Erholung in Österreich setzt voraussichtlich erst im 3. Quartal 2020 ein. Ein kräftiger Rebound-Effekt ist ab dem vierten Quartal 2020 vor allem im Bereich der Investitionsaktivitäten zu erwarten, während sich die privaten Konsumausgaben nur allmählich während der Jahre 2020 und 2021 erholen werden.

WEBTIPP

Eine ausführliche Information über das IV-Konjunkturbarometer finden Sie auf www.iv.at/konjunktur

GESCHÄFTSLAGE IN 6 MONATEN



Wirtschaftsbereich	Verlust an Bruttowertschöpfung im Jahr 2020 (in 1.000 Euro)
Primärer Sektor (CPA A01 bis B09)	-710.004
Industrie (inkl. Energie)	-5.171.113
Bau	-2.757.044
Handel	-3.528.293
Gastronomie und Beherbergung	-6.855.645
Sonstige Dienstleistungen# (Verkehr, Sport, Kultur, persönliche Dienstleistungen)	-11.828.869
Gesamtwirtschaft	-30.850.968

Neben der Industrie besonders betroffen sind die Tourismuswirtschaft, der Einzelhandel und sonstige Dienstleistungen.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LfV-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Susanne Stissen, Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschatz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): gettyimages, IV-Burgenland, Helgebauer, Andreas Kraus, iStockphoto, Kolarik, Fischer, IV-Tirol, Matthias Rhomberg, Point of View

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Informationsdrehscheibe während der Coronakrise

Neben einer massiven Ausweitung ihrer Info-Serviceleistungen konnte die IV wichtige Kernbotschaften der Unternehmen durch breiten einen Kommunikationsmix vermitteln.

Am 10. März hat die Bundesregierung drastische Maßnahmen angekündigt, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. In nur wenigen Tagen hat die COVID-19-Pandemie das soziale und wirtschaftliche Leben in Österreich auf den Kopf gestellt – mit gravierenden Folgen für Unternehmen und ihre Beschäftigten. In kürzester Zeit waren Betriebe mit einer Vielzahl an offenen Fragen und Herausforderungen konfrontiert.

Rechtliche Regeln für Schutzvorkehrungen für Mitarbeiter, Maßnahmen zur Liquiditätsstärkung, die Umsetzung der Kurzarbeit oder Einreisebestimmungen in Nachbarländer, die sich de facto täglich änderten und vieles mehr – seit März hat die Industriellenvereinigung neben dem direkten Kontakt mit Unternehmen ihre Mitglieder-Kommunikation massiv ausgeweitet, um Betriebe über aktuelle Entwicklungen, geplante Beschlüsse, Verordnungen oder Gesetze rasch und umfassend zu informieren.

die zentrale Herausforderung, die Liefer- und Versorgungsketten aufrechtzuerhalten. In zahlreichen Medieninterviews und Pressekonferenzen auf Bundes- und Länderebene informierte die IV, wie wichtig es sei, dass weitergearbeitet wird: im Energiebereich, im Lebensmittelhandel, im Dienstleistungssektor, in der digitalen Infrastruktur, im Finanzsektor, im Gewerbe, der Medizin oder der Industrie.

IV-Werbespot im ORF: „Wir halten Österreich am Laufen“

Wesentlicher Bestandteil des breiten IV-Kommunikationsmixes waren und sind weiterhin umfangreiche Marketing-Aktivitäten in klassischen Medien (TV, Print, Radio) sowie Social Media (Facebook, Youtube, LinkedIn). Verstärkt wurden damit auf allen Kanälen die IV-Kernbotschaften: „Für eine sichere Versorgung arbeitet die Industrie weiter“ sowie „Danke und Anerkennung an alle Mitarbeiter, die Österreich mit Arbeit jetzt am Laufen halten“.

Neue IV-Initiative seit Mai

Ab Mai läuft die neue IV-Initiative, die einen positiven und optimistischen Weg



DIE INDUSTRIE HILFT IN DER CORONAKRISE

Mit ihrer Innovationskraft und dank ihrer internationalen Erfahrung engagieren sich zahlreiche heimische Unternehmen seit Wochen, um im Kampf gegen die Corona-Pandemie zu helfen. So haben etwa Unternehmen ihre Produktion umgestellt, um Desinfektionsmittel herzustellen. Andere Betriebe wiederum erzeugen nun Schutzmasken oder Geräte, um diese wiederverwendbar zu machen. Damit wurde unter anderem der Mangel im Gesundheitswesen gelindert.

Mit einer [Blitz-Initiative](#) hat die IV auf [Facebook](#) zahlreiche konkrete Unternehmensbeispiele social media-gerecht aufbereitet. Diese finden Sie auf dem Facebook-Kanal der Industriellenvereinigung. Viele weitere Unternehmensaktivitäten (von Schutzausrüstungen bis zur Telekommunikation) sind [zudem auf der IV-Website](#) abgebildet.

in die Zukunft aufzeigen, Mut machen und motivieren soll. Unter der strategischen Klammer „Jetzt kommt’s auf mich persönlich an. Jetzt kommt’s auf uns an.“ zeigt die IV, wie die österreichische Industrie – Unternehmen und Mitarbeiter – die aktuell gewaltige Herausforderung annehmen und gemeinsam an einem Strang ziehen.



Ein Highlight der IV-Kommunikationsmaßnahmen war der TV-Werbespot „Wir halten Österreich am Laufen“. Dieser lief zwischen 25. März und 12. April auf ORF.

Unternehmen und Politik im intensiven Dialog

Selten waren zuverlässige Informationen und der Austausch zwischen Industrie und Politik so wichtig, wie während der aktuellen Krise. Der „Corona-Infopoint der Industrie“ konnte hier einen wesentlichen Beitrag leisten.

Dramatische Auftrags- und Umsatzseinbrüche, Ausfälle bei ausländischen und inländischen Lieferketten, massive Herausforderungen in Sachen Unternehmensliquidität, Verfügbarkeit und Bewegungsfreiheit der Mitarbeiter oder behördliche Auflagen. Die COVID-19-Pandemie hat massive Unsicherheit und drastische Bedrohungsszenarien für die heimischen Unternehmen befeuert.

Planungssicherheit für Unternehmen. Um den Mitgliedsunternehmen beides zu ermöglichen, stand und steht die Industriellenvereinigung mit ihren Entscheidungsträgern und Experten seit Beginn der Coronakrise in ständigem, intensivem Austausch mit politisch Verantwortlichen sowie Vertretern der Behörden und Verwaltung.

Wichtige Industrie-Empfehlungen rasch umgesetzt

So konnten wesentliche Anliegen und Empfehlungen aus den Unternehmen maßgeblich eingebracht und umgesetzt werden:

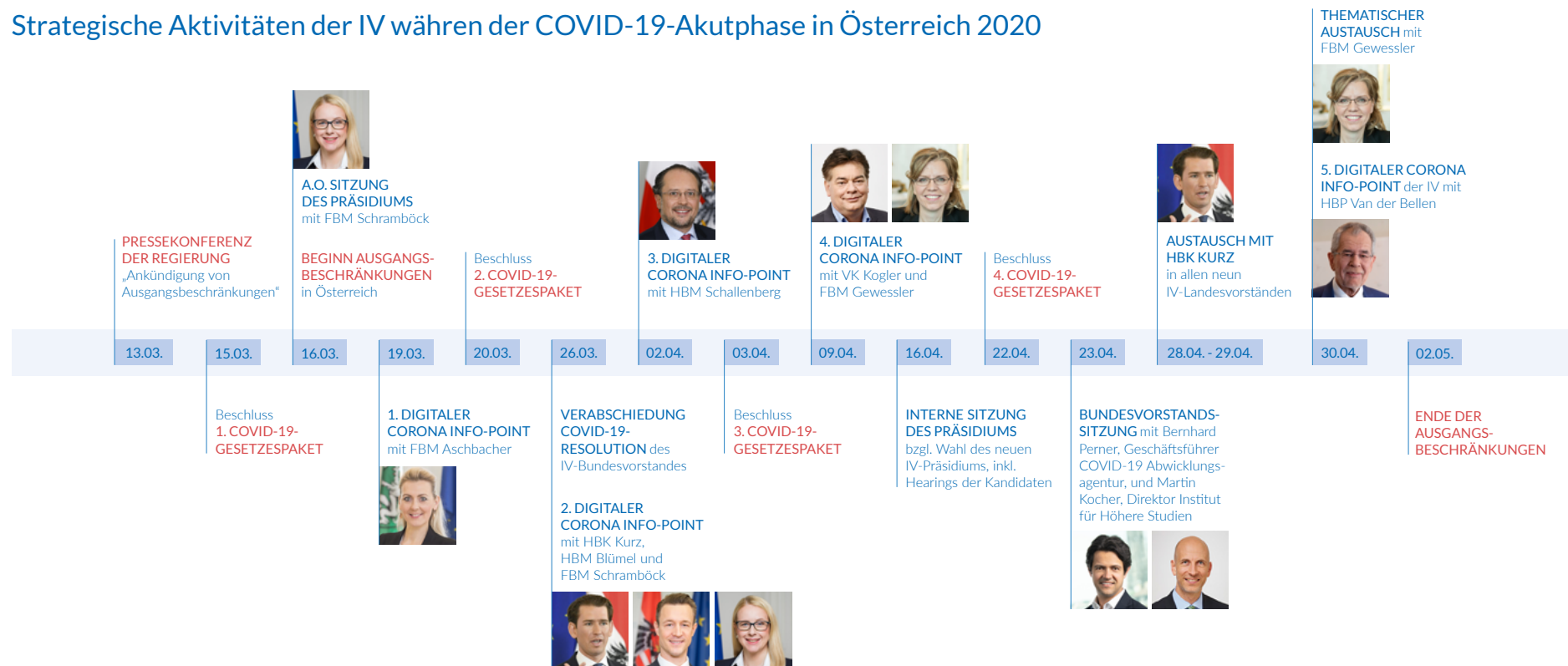
etwa der rasche Beschluss zur Corona-Kurzarbeit, Maßnahmen zur Stärkung der Liquidität, klare Regelungen von Gesellschafterversammlungen und Organsitzungen oder Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur.

Für die Mitglieder des IV-Bundesvorstandes wurde daher der „Corona-Infopoint der Industrie“ eingerichtet, der bis Ende April wöchentlich stattfand. Zentrale Herausforderungen aus der betrieblichen Praxis konnte so via Video-Konferenz direkt mit politischen Entscheidungsträgern thematisiert werden. Wesentliche Industrieanliegen erörtert

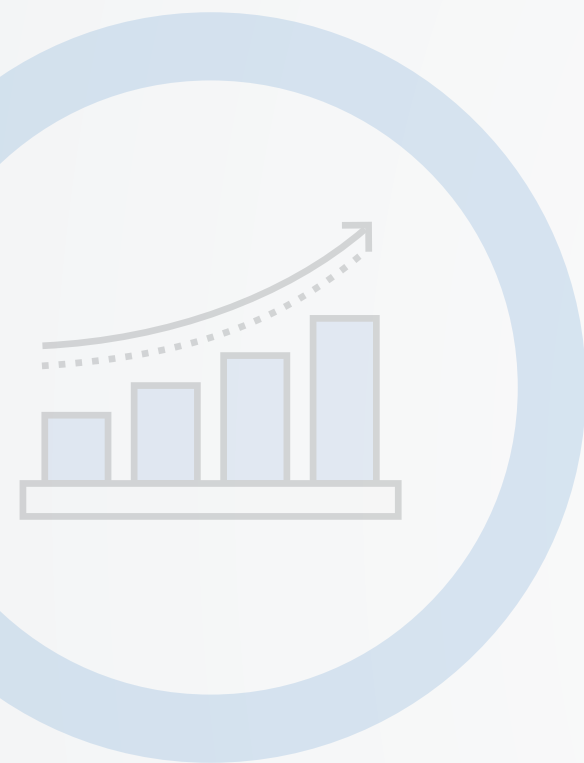
IV-NETZWERK

wurden so mit Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Werner Kogler, Finanzminister Gernot Blümel, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, Arbeitsministerin Christine Aschbacher, Verkehrsministerin Leonore Gewessler und Außenminister Alexander Schallenberg. Beim abschließenden Corona-Infopoint der Industrie am 30. April konnte Bundespräsident Alexander Van der Bellen begrüßt werden. Ebenfalls auf dem Programm stand ein Austausch zwischen Bundeskanzler, Finanzminister und Wirtschaftsministerin mit den Mitgliedern der IV-Landesvorstände.

Strategische Aktivitäten der IV während der COVID-19-Akutphase in Österreich 2020



Fotos: Dringert/Talac, BKG/Wienand, IHS, BMK, BMF, Gettyimages, PRK, BMDW/Hartberger



Aus der Krise an die Spitze

Österreich braucht jetzt ein strategisch fundiertes Erholungsprogramm für die Wirtschaft, mehr Krisenfestigkeit für den gesamten Standort und handlungsfähige öffentliche Haushalte: Was aus Sicht der Industrie für Österreichs Weg aus der Krise an die Spitze nötig ist.

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Standort Österreich, der bisher als kleine offene Volkswirtschaft im Herzen Europas überdurchschnittlich von der Globalisierung, der Öffnung der Grenzen und dem gemeinsamen EU-Binnenmarkt profitiert hat, sind besorgniserregend, bilanziert IV-Präsident Georg Kapsch. Damit der Standort nach der Überwindung der Pandemie nicht geschwächt, sondern gestärkt aus der Krise hervorgeht, muss der Restart aus Sicht der österreichischen Industrie auf drei Säulen aufgebaut sein: auf einem strategischen „Austria Recovery Program 2.0“, auf der Stärkung der Krisenresilienz des Standortes und auf der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte (siehe Grafik). „Nur so schaffen wir mittel- und langfristig wieder Arbeitsplätze, allgemeinen Wohlstand und soziale Sicherheit“, so Kapsch.

Bei Innovation und Produktion „Global Player“ werden

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer unterstreicht, dass investitionsgetriebenes Wirtschaftswachstum der sicherste und nachhaltigste Weg aus der Krise und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sei. Neumayer: „Wir brauchen Anreize für Investitionen in Zukunftsbereiche wie Innovation, Technologie, Klima- und Umweltschutz – und wir müssen die Betriebe in der schwierigen Aufbauphase soweit als möglich entlasten.“ Eine Lehre aus der Krise besteht für die Industriellenvereinigung darin, dass Österreich und Europa im Bereich Forschung, Technologie und Innovation – aber auch in der Produktion – wieder zum echten internationalen Player werden müssen.

„Wir brauchen Anreize für Investitionen in Zukunftsbereiche wie Innovation, Technologie, Klima- und Umweltschutz – und wir müssen die Betriebe in der schwierigen Aufbauphase soweit als möglich entlasten.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Unvorteilhafte Abhängigkeiten von anderen Teilen der Welt müssen reduziert werden. Gleichzeitig ist auch klar, dass die durch die Bekämpfung der wirtschaftlichen Corona-Krise entstandenen Schuldenberge wieder abgebaut werden müssen.

Mehr Investitionen, weniger Steuern

Die wichtigsten Restart-Maßnahmen für Investitionsanreize und Entlastung sind aus Sicht der Industriellenvereinigung unter anderem:

- Ein neuer Investitionsfreibetrag soll in der Höhe von 25 Prozent für

Digitalisierungsinvestitionen und 50 Prozent für umweltfördernde Investitionen eingeführt werden.

- Die Erhöhung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro fördert die Liquidität der Unternehmen, ohne einen dauerhaften Steuerausfall zu bewirken.
- Die Mitarbeiterbeteiligung soll ausgebaut werden. Unternehmen haben derzeit die Option, aufgrund der zusätzlichen COVID-19-Belastung eine Prämie von bis zu 3.000 Euro steuerfrei auszuzahlen. Die IV plädiert für die dauerhafte steuerfreie Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenserfolg von bis zu 10 Prozent des Unternehmensgewinns für maximal 3.000 Euro pro Mitarbeiter.

Krisenfester Standort

Um die Krisenfestigkeit des Standortes zu stärken und unvorteilhafte Abhängigkeiten zu reduzieren, schlägt die Industrie unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Produktionsstandorte F&E-intensiver, innovativer Unternehmen müssen gesichert, weitere Technologieunternehmen besonders systemrelevanter Produktionen in Österreich gestärkt werden.
- Österreich soll zum „Tech for Green“-Champion werden. Das erfordert die Stärkung innovativer Mobilitätstechnologien und Energietechnologien sowie der Ressourceneffizienz und der Kreislaufwirtschaft in Österreich. Unternehmen, die im Bereich der Forschung und Entwicklung (F&E) aktiv sind, sind generell widerstandsfähiger.

AUSTRIA RECOVERY PROGRAM 2.0.

ÖFFENTLICHE HAUSHALTE KONSOLIDIEREN

KRISENRESILIENZ DES STANDORTES STÄRKEN



- Österreich soll bis 2025 unter den Top 3 der europäischen Energieforschung sein. Dazu ist in einem ersten Schritt die Erhöhung der Energieforschung von derzeit rund 140 Mio. Euro pro Jahr auf 200 Mio. Euro notwendig.
- Die Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologie für den Energie-, Verkehrs- und Produktionssektor sind voll auszuschöpfen. Daher muss auch der Ausbau des 5G-Netzes forciert werden, um die erforderlichen Datenflüsse zu ermöglichen.
- Österreich soll zum Life Science-Zentrum im Herzen Europas werden. Das erfordert die Stärkung des Life Science-Standorts Österreich und die verstärkte Wiederansiedlung von Forschungs- und Produktionsstätten. Dies soll Abhängigkeiten von u.a. Asien reduzieren und neue Investitionen sowie Arbeitsplätze nach Österreich holen.

Häushalte konsolidieren

Um die durch die Corona-Hilfspakete entstandenen Schulden abzubauen, schlägt die Industriellenvereinigung folgende Maßnahmen vor:

- Österreich braucht – wie bei der Klimaneutralität – einen konkreten, verbindlichen mehrjährigen Stufenplan zur Rückführung der COVID-19-Stützungspakete bis 2030.
- Weil Konsolidierungen vor allem dann erfolgreich sind, wenn sie ausgabenseitig vorgenommen werden, sollte der Fokus im Hochsteuerland Österreich klar auf der Ausgabenseite liegen.

„Ein Investitionen, Resilienz und Schuldenabbau umfassender Restart ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Wohlstand für alle Menschen in Europa entscheidend. Jetzt darf nicht falsch verstandener Klassenkampf am Programm stehen, sondern unser aller Sinn für das Gemeinwohl und soziale Kohäsion.“

Georg Kapsch,
IV-Präsident

- Im Gegenzug soll auf das Schüren von Verteilungskämpfen und Steuerhöhungen verzichtet werden.

Nicht nur bei Investitionen und Resilienz, auch bei der Haushaltskonsolidierung – und damit bei der Verbesserung der staatlichen Handlungsfähigkeiten in einem nächsten Krisenfall – ist aus Sicht der Industrie politische Konsequenz gefragt. IV-Präsident Georg Kapsch: „Bedenken wir, dass die meisten europäischen Länder ohnehin kaum mehr budgetäre Spielräume haben. Ein Investitionen, Resilienz und Schuldenabbau umfassender Restart ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für den Wohlstand für alle Menschen in Europa entscheidend. Jetzt darf nicht falsch verstandener Klassenkampf am Programm stehen, sondern unser aller Sinn für das Gemeinwohl und soziale Kohäsion“.

Neben wirtschaftlichen auch gesellschaftliche Konsequenzen bewerten

Neben einer wirtschaftlichen Analyse muss es auch darum gehen, die menschlichen, gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Konsequenzen der Krise ganzheitlich zu bewerten. Eine IV-Arbeitsgruppe beschäftigt sich daher aktuell mit diesen Aspekten. Dadurch soll die Basis geschaffen werden, um wirksame und nachhaltige Vorschläge für die Zeit danach machen zu können bzw. auch Resilienz-Strategien für die Gesellschaft und ihre Systeme zu entwickeln. Weitere Informationen dazu erhalten Sie in der nächsten Ausgabe der iv-positionen bzw. in den elektronischen IV-Mitgliedermedien.



COVID-19 als Chance für das Klima

Was jetzt getan bzw. was nicht getan werden sollte, analysiert Dieter Drexel. Er ist stellvertretender Bereichsleiter des IV-Bereichs Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie, Umwelt.

Zwei unbewältigte weltweite Krisen, COVID-19 und der Klimawandel, lassen den Ruf nach einer gemeinsamen Lösung laut werden – zwei Fliegen auf einen Streich sozusagen. Die finanziellen und politischen Anstrengungen, mit denen die COVID-19-Rezession begrenzt werden soll, sollten gleichzeitig genutzt werden, um der Klimakrise zu begegnen. So lautet der breit gestellte Anspruch. Was auf Ebene der Überschriften naheliegender klingt und schnell außer Streit steht, ist im Detail jedoch nicht so einfach.

Klimabilanz mit Innovation und Technologie verbessern

Unzweifelhaft wird es unstrittige Bereiche geben, in denen öffentliche Investitionen positive Effekte für die nationale und europäische Konjunktur sowie Klimabilanz haben: Etwa der verstärkte Ausbau der Schieneninfrastruktur oder die deutliche Anhebung der Sanierungsquote im Wohnbau. Wobei gerade letztere allen politischen Beteuerungen zum Trotz heute kaum höher ist als vor zehn oder zwanzig Jahren. Auch können deutlich verstärkte Anstrengungen in Innovation und Technologie sowohl Wettbewerbssituation wie auch Klimabilanz der Unternehmen verbessern, wie dies die Industriellenvereinigung seit jeher fordert.

Nicht so eindeutig ist die Lage, wenn es um staatliche Unterstützung von klimarelevanten Branchen wie Luftfahrt- oder Automobilindustrie geht. Wenn Unternehmen davon ausgeschlossen werden, oder mit weitergehenden wettbewerbsverzerrenden Klimaforderungen belastet werden, dann werden diese Betriebe relativ geschwächt

Die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus kann nicht als Begründung für zusätzliche Belastungen der Unternehmen unter dem Titel Klimaschutz dienen.

gegenüber ihren internationalen Konkurrenten aus der Krise hervorgehen. Ob dies dazu führt, dass nach der Pandemie dauerhaft weniger geflogen oder mit dem Auto gefahren wird, darf bezweifelt werden. Wohl eher werden es aber nicht mehr he-

mische Unternehmen sein, die eine wieder vorhandene Nachfrage bedienen werden.

Moratorium für alle standortbelastende Maßnahmen

Ähnlich den öffentlichen finanziellen Mitteln verhält es sich mit gesetzlichen Maßnahmen. Wenn im Rahmen des Green Deal ein europäischer Energieraum geschaffen und die Digitalisierung vorangetrieben werden sollen, wird das Klima und Standort helfen. Wenn aber in diesen Wochen und Monaten mit einem Impact Assessment die Erhöhung der bestehenden Klimaziele bis 2030 auf Basis der Zahlen der letzten Jahre bis knapp vor COVID-19 vorbereitet wird, kann das gefährlich sein. Dann nämlich, wenn höheren Klimaziele über die dann erforderlichen neuerlichen Verschärfungen des Emissionshandels und der Flottenverbrauchsziele auf COVID-19-geschwächte Unternehmen der energieintensiven- oder der Automobilindustrie durchschlagen. Sinnvoll für Beschäftigung, Investitionen und ein klimaverträgliches Wachstum wäre daher ein zunächst sechsmonatiges Moratorium für Maßnahmen, die den Standort belasten.

Wo immer wirtschaftlicher Wiederaufbau und Klimaschutz zusammen gedacht werden können, soll diese Verzahnung geschehen.



Gleichzeitig kann aber die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht als Begründung für zusätzliche Belastungen der Unternehmen unter dem Titel Klimaschutz dienen. Diese feine Unterscheidung muss in den nächsten Monaten vielfach getroffen werden.

KONTAKT

Dieter Drexel, stv. Bereichsleiter
Infrastruktur, Transport, Ressourcen
& Energie, Umwelt:
dieter.drexel@iv.at

IV-BILDUNG

Jetzt ist es passiert - Die Digitalisierung der Bildung

Österreichs Bildungssystem ist grundsätzlich gut auf das digitale Zeitalter vorbereitet. Dennoch zeigt die Coronakrise weiteren Handlungsbedarf.

Der Digitalisierungsschub ist ein bestimmendes Element des Corona-Shutdowns – gerade auch im Bildungsbereich mit seiner kurzfristigen Umstellung auf „Home Schooling“ und „Distance Learning“. Der Bedarf an digitalisierten Lerninhalten, gesicherten und handhabbaren Kommunikationsplattformen oder zusätzlichen Endgeräten explodierte von einem Tag auf den anderen. Die Bildungspolitik startete rasch bereits vorbereitete oder gänzlich neue Angebote, gab Richtlinien heraus und etablierte Support-Strukturen. Parallel entstanden in diesen Handlungsfeldern private Initiativen, die mit hohem sozialen Engagement ihren Beitrag leisten und dabei mitunter auch ihre eigene Chance sehen. ([Eine IV-Zusammenstellung von Digitalen Lehr- und](#)

[Lernangeboten, Plattformen und Tools finden Sie hier.](#)) Für das tatsächliche Lern- und Unterrichtsgeschehen experimentierten Pädagogen, Schüler und Eltern spontan, selbstgesteuert und getragen von ihrem außergewöhnlichen persönlichen Einsatz.

„Masterplan Post-Covid“

Diese Erfahrung des sensationellen Zusammenwirkens aller Beteiligten vermischt sich jedoch mit dem Eindruck, dass der plötzliche Innovationsdruck auch geringer hätte ausfallen können – dann nämlich, wenn vergangenen Digitalisierungsinitiativen („Schule 4.0“ oder „Masterplan Digitalisierung“) nicht auf halber Strecke hängengeblieben wären. Systemische Problemfelder dieser Art stechen mit der Coronakrise wieder stärker hervor. So zeigten die separaten

Lösungen für Bundes- und Landesschulen bei der Beschaffung zusätzlicher Laptops und Tablets schonungslos die bekannt problematische Kompetenzverteilung der österreichischen Bildungsverwaltung auf. Oder die Nicht-Erreichbarkeit einzelner Schüler die aufgehende Bildungsschere. Umso wichtiger sind [Initiativen wie jene der IV-Steiermark, die 380 Laptops angekauft und 83 steirischen Mittelschulen zur Verfügung gestellt hat.](#)

Punktuell ist das österreichische Bildungssystem schon gut auf das digitale Zeitalter vorbereitet, z.B. durch das Standortasset HTL, viele Mittelschulen mit pädagogischen Digitalisierungskonzepten oder die „Digitale Grundbildung“ mit umfangreicher Medienkompetenz. Doch die Zukunft

des Standorts Österreich und seiner Fachkräfte verlangt nach umfassenderen Schritten. Massive Chancen können dabei realisiert werden, z.B. mehr sozialer Austausch und individuelle Förderung im Präsenzunterricht oder eine bessere Vermittlung „unbeliebter“ Lehrinhalte. (Eine ausführliche Information dazu finden Sie unter dem IV-Standpunkt [„Die Bildung der Zukunft heute beginnen“](#)).

Mit diesem Ziel setzt sich die Industrie dafür ein, die aktuellen Erfahrungen systematisch zu analysieren und ein Maximum an Erkenntnissen und Zukunftsperspektiven daraus zu gewinnen. Sichtbares Ergebnis muss dann ein neuer, umfassender „Masterplan Post-Covid“ sein, dessen Umsetzung auch die Finanzierung von Endgeräten nicht mehr aufhalten kann.

Bildung in Zeiten von Corona – was ist und wie es weitergeht

Für die allermeisten Schüler und Pädagogen stehen seit 16. März „Distance Learning“ und „Home Schooling“ auf dem Stundenplan. Durchaus mit unterschiedlichem Erfolg.

Viele Schulen und Pädagogen können sehr gut mit der neuen Situation umgehen. Für andere stellt sie eine echte Herausforderung dar. Manche Kinder werden seit Wochen gar nicht mehr erreicht, Eltern stoßen immer mehr an ihre Grenzen bei der Unterstützung der Kinder. Laut Uni Wien wendet ein Viertel der zehn- bis 19-jährigen Schüler für das „Home Learning“ weniger als 3,5 Stunden täglich auf. In vielen elementarpädagogischen Einrichtungen wiederum tun sich aufgrund der diversen Zuständigkeiten Probleme auf (u.a. Entgang von Einnahmen, Finanzierung).

Am 24. April wurde nun ein Etappenplan zur Öffnung der Schulen vorgestellt. ([Die vollständige Übersicht finden Sie HIER.](#))

- Etappe 1 ab 4.5.: Unterrichtsstart Maturaklassen, Abschlussklassen BMS & BMHS, Lehrabschlussklassen in den Berufsschulen.
- Etappe 2 ab 18.5.: Alle Klassen der Primar- & Sekundarstufen I (VS, NMS, AHS), Sonderschulen, Deutschförderklassen.
- Etappe 3 ab 29.5.: alle weiteren Klassen der Sekundarstufe II (AHS, BMS, BMHS, Berufsschulen), Polytechnische Schulen.

Eine Empfehlung gibt es zwar für den Kindergartenbesuch ab 18. Mai für 5-Jährige und Kinder mit Sprachförderbedarf. Trotzdem sind noch (zu) viele Fragen offen. Es braucht neben den Hygieneempfehlungen eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise bei der Kinderbetreuung und zur finanziellen Absicherung aller Träger. Gerade in dieser Situation zeigt sich, wie hemmend der Bildungs-Föderalismus ist.

Betreuungsfrage während des Sommers klären

Die IV hat den Stufenplan zur Schulöff-

nung begrüßt, da er bis zum Sommer Planungssicherheit für einen großen Teil der Bevölkerung liefert. Notwendig ist jedoch auch ein umfassender Plan für die Betreuung in den Sommerferien. Denn nicht nur die Eltern, auch die heimischen Arbeitgeber müssen auf eine Lösung für die Betreuungsfrage während des Sommers bauen können.

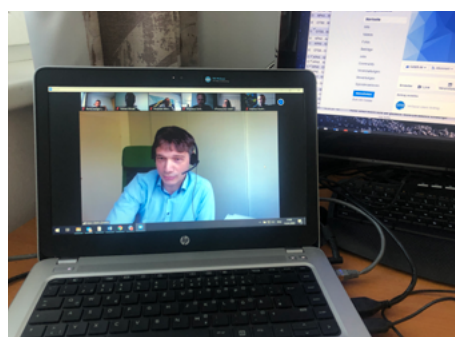
Summer Schools für diejenigen, die inhaltlichen Nachholbedarf haben, wird es sicher brauchen. Aber genauso ein niederschwelliges Betreuungsangebot für alle anderen.

Neues Format: #JITalks

Aufgrund der aktuellen Situation hat auch die Junge Industrie Ihre Aktivitäten in den virtuellen Raum verlagert.

Bedingt durch die Corona-Krise sind Meetings via Video-Chat ohnehin für viele zur neuen Realität geworden. Die JI hat daher mit den #JITalks ebenfalls eine virtuelle Diskussionsreihe in Leben gerufen. In den nächsten Wochen werden dabei auch bereits seit längerem geplante Veranstaltungen der JI-Landesgruppen digital allen JI-Mitgliedern bundesweit angeboten werden. Den Auftakt der Gesprächsrunden bildete eine Diskussion von JI-Bundvorsitzendem Andreas Wimmer mit IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Zur großen Freude der Mitglieder gab dieser einen sehr tiefen und auch persönlichen Einblick in die aktuellen Maßnahmen und Verhandlungen der IV mit der Bundesregierung.

Thomas Arnoldner, darüber, wie der Provider kritischer Infrastruktur mit der Krise umgeht, wie sich digitale Technologien zur Bekämpfung der Krise einsetzen lassen und wie die Krise vielleicht sogar zum Digitalisierungsturbo werden könnte.



Im Talk mit Mark Olefs, Klimaexperte der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), spielte die Corona-Krise einmal nicht die Hauptrolle. Vielmehr gab der Experte sachliche Orientierungshilfe zum Thema Klimawandel, das uns auch nach der Corona-Krise noch lange beschäftigen wird müssen.

Mit „Standard“-Redakteur und „Bierpapst“ Conrad Seidl wurde einerseits über die innenpolitischen Entwicklungen dieser Zeit diskutiert – dank der Anwesenheit einiger Brauerei-Chefs entwickelte sich aber auch eine spannende Debatte über die wirtschaftliche Zukunft der heimischen Brau-Branche.

Im Talk mit BusinessEurope-Generaldirektor Markus Beyrer ging es schließlich darum, welche Lehren die EU aus der Coronakrise ziehen müsse. Und darum, wie ein möglichst koordiniertes europäisches Wiederhochfahren der Wirtschaft gelingen könnte.



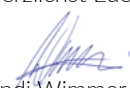
Wir stehen erst am Anfang

Österreich ist vorerst besser durch die Coronakrise gekommen als andere. Die Aussichten sind dennoch ungewiss.

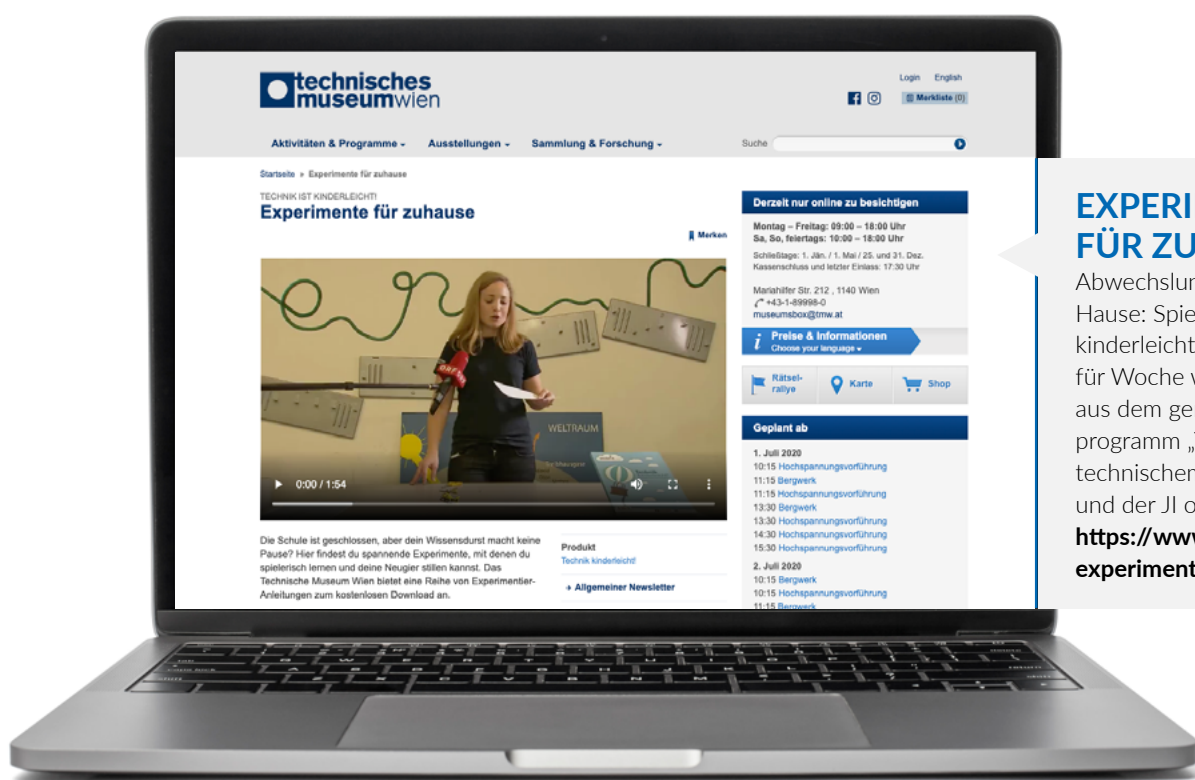
Früh getroffene Maßnahmen, ein gutes Gesundheitssystem und eine Bevölkerung, die sich offenbar zu großen Teilen bislang recht vernünftig mit dem Thema Schutz gegen das Coronavirus umgeht: All das hat dazu geführt, dass wir relativ gesehen alles andere als schlecht dastehen. Das ist erfreulich, aber eigentlich nur ein kleiner Lichtblick. Denn der Ausweg aus der aktuellen Misere – der Wirtschaftseinbruch wird wohl leider ein historischer – hängt nicht allein vom kleinen Österreich ab. Lieferketten sind teilweise gestört oder ganz unterbrochen. Nachfrageseitig gibt es in vielen Branchen vor allem Fragezeichen. Österreich ist ein Industrieland – als solches aber abhängig von Zulieferern und Abnehmern am globalen Weltmarkt. Österreich ist auch ein Tourismusland – aktuell kein Lichtblick. Österreich als Kulturland – ebenso wenig erbaulich. Es mag sein, dass diese Krise auch „Positives“ gebracht hat: Homeoffice funktioniert – wenn man keine Kinder hat, sogar ganz gut. Ohne Schule oder Kindergarten bleibt einem das Frohlocken über den „Digitalisierungsschub“ aber auch manchmal im Halse stecken. Die Belastung für Eltern ist in der Zeit des E-Learnings enorm und nur kurzfristig (er)tragbar. Wie die „neue Normalität“ aussehen soll, ist maximal schemenhaft erkennbar. Dennoch ist klar, dass ein möglichst rascher Ausweg aus der aktuellen Situation dringend gefunden werden muss – bereits jetzt ist der wirtschaftliche Schaden ebenso atemberaubend wie die Zahl derer, die in Kurzarbeit oder arbeitslos sind. Die schwierigste Aufgabe liegt aber noch vor uns. Einfache Lösungen gibt es dabei nicht. Aktuell tönen wieder Extrempositionen aus allen ideologischen Lagern durchs Land, wollen sich diese Lage zunutze machen und fordern Verstaatlichungen oder die Grenzen geschlossen zu lassen. Solche scheinbar einfachen und teils unpassenden Antworten haben sich aber noch nie bewährt und würden alles nur noch schlimmer machen.

Nüchtern betrachtet werden wir in ganz Europa den mühsamen Weg eines koordinierten Wiederhochfahrens gehen müssen – das bedeutet, dass es auch Rückschläge geben wird. Schritt für Schritt, mit Augenmaß, aber auch nicht zögerlich – dann können wir in ein paar Jahren vielleicht tatsächlich eine positive Bilanz ziehen. Aber machen wir uns nichts vor: Wir stehen erst am Anfang.

Herzlichst Euer


Andi Wimmer,
Bundvorsitzender der Jungen Industrie

Ebenso spannend war das Gespräch mit dem CEO der A1 Telekom Austria Group,



EXPERIMENTE FÜR ZUHAUSE

Abwechslung für die Kleinsten zu Hause: Spielend forschen – mit kinderleichten Anleitungen. Woche für Woche werden neue Experimente aus dem gemeinsamen Fortbildungsprogramm „Technik kinderleicht!“ von technischem Museum Wien (TMW) und der JI online abrufbar gemacht: <https://www.technischesmuseum.at/experimente-fuer-zuhause>

IV-UPDATE

Unternehmen leisten ihren Beitrag – vor, während und nach der Krise

Dass die Leistungen heimischer Produktionsbetriebe und ihrer Mitarbeiter mit Geld kaum aufzuwiegen sind, hat sich in den vergangenen Wochen eindrucksvoll gezeigt.

Aufgeben ist keine Option. Das hat Österreichs Industrie in der heißesten Phase der Coronakrise deutlich gezeigt. Gemeinsam haben Betriebe und ihre engagierten Mitarbeiter landauf, landab trotz widrigster Umstände weitergemacht, weiterproduziert und dadurch die Versorgung der Menschen mit Wasser, Strom und zahlreichen anderen lebenswichtigen Gütern lückenlos sichergestellt. Was hier geleistet wurde, lässt sich nur unvollkommen in Zahlen darstellen oder durch Geld aufwiegen. Gleichwohl wird bei näherer Betrachtung auch der finanzielle Beitrag der heimischen Unternehmen mehr als deutlich.

Leistung auch in Zahlen

Über 53 Milliarden Euro – so viel an Steuern

und Abgaben haben Unternehmen und Selbstständige im Jahr 2019 geleistet. Das ist fast ein Drittel des gesamten Steueraufkommens in Österreich. Auf die produzierende Wirtschaft, also die heimische Industrie und ihre Mitarbeiter, entfallen davon rund 19 Milliarden Euro – was wiederum rund einem Drittel von allem entspricht, was Arbeitgeber im vergangenen Jahr an Steuern und Abgaben bezahlt haben. Gerade die Industrie ist zudem ein wichtiger Arbeitgeber.

Fast eine Million Österreicher haben ihren Arbeitsplatz in der Produktionswirtschaft. Die Steuerleistung, die sie aufgrund dieser Beschäftigung erbringen, ist für das Funktionieren von Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Pensionssystem ebenfalls eine interessante Größe und durchaus

beachtlich: Über 12 Milliarden Euro an Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen wurden geleistet.

Wiederhochfahren des Wirtschaftsstandortes

Führt man sich diese Leistungen vor Augen, wird der Beitrag der heimischen Betriebe und ihrer Beschäftigten deutlich – vor, während und nicht zuletzt nach der Krise. Gerade letzteres ist für das Wiederhochfahren des Wirtschaftsstandortes entscheidend – begünstigt durch Rahmenbedingungen, die Investitionsanreize setzen und Beschäftigung fördern. Jede zusätzliche Belastung für Menschen und Unternehmen wäre ein gefährlicher Irrweg. Wer sie trotzdem fordert, bestraft jene, die Österreich am Laufen halten.

Jetzt erst recht: Industrie als Teil der Lösung stärken

Es braucht mehr Gestaltungsmöglichkeiten für ein mutiges Bekämpfen der Krise.



Wir erleben gerade eine außergewöhnliche Zeit, die außergewöhnliche Maßnahmen von uns allen verlangt: Die COVID-19-Pandemie und deren Bekämpfung hat schon jetzt zu schweren Einschnitten in unsere gewohnte Lebens- und Arbeitsweise geführt und die gesamte Weltwirtschaft innerhalb von Tagen zum Stillstand

gebracht. Wir erwarten den stärksten Wirtschaftseinbruch in Friedenszeiten seit der Großen Depression und es werden zu dem große strukturelle Verschiebungen im Welthandel stattfinden. Wir sollten diesen Veränderungen offensiv begegnen – als Land und als Industrie.

Um ein genaueres Bild über die momentane Situation der Wiener Industrie zu erhalten, habe ich eine Mitgliederbefragung in Auftrag gegeben. 50 Prozent der befragten Unternehmen rechnen mit Umsatzeinbußen von bis zu 25 Prozent und ein Viertel sogar mit Einbußen von bis zu 50 Prozent. Dennoch gehen 85 Prozent davon aus, nach kompletter Aufhebung des Shutdowns binnen drei Monaten wieder hochfahren zu können. Die Hälfte der Befragten nimmt die Möglichkeit der Kurzarbeit in Anspruch. Bestehende Investitionspläne werden von 70 Prozent der Befragten aufgrund der unsicheren Situation überdacht. Neben der

Ausweitung der staatlichen Unterstützung bei Personalmaßnahmen und der Liquiditätssicherung wünschen sich die Unternehmer die Normalisierung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, die stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung sowie eine entschiedene Weiterführung der Digitalisierung. Die inhärente Unsicherheit der Lage ist groß, daher müssen unter dem Primat der Gesundheit konkrete Schritte aus dem Shutdown gemeinsam gestaltet werden. Für mich stellt sich die Frage: Was braucht es jetzt am dringendsten?

Ich plädiere in erster Linie für ein investitionsorientiertes Wachstum, das durch klare Rahmenbedingungen, beschleunigte und vereinfachte Prozesse – statt Überregulierung – und vor allem durch Verantwortungsübergabe an die Unternehmen unterstützt wird.

Die NZZ sprach vor Kurzem von der Gefahr eines „Post-Corona-Sozialismus“ mit

gängelnden Staaten, hohen Staatsschulden, protektionistischen Maßnahmen und in der Folge hohen Steuern. Das wäre der sichere Weg ins Desaster. Die Lösung der anstehenden Herausforderungen der Digitalisierung, des Umweltschutzes und des Gesundheitswesens ist jedoch eine gute Basis für das Wachstum von morgen. Das kann nur durch Innovation, Forschung & Entwicklung sowie neue Technologien gelingen. Dafür braucht es kluge Investitionen und Anreize, etwa einen Investitionsfreibetrag. Mehr denn je brauchen wir Freiräume und Mittel für die gestalterische Kraft der Unternehmer.

Ihr

Christian C. Pochtl
Präsident der IV-Wien



„Gegen die Klimakrise wird es keine Impfung geben“

Wiens Vizebürgermeisterin Birgit Hebein sprach im Vorfeld ihres Besuches im Vorstand der IV-Wien mit den iv-positionen über den Post-Corona-Rebound, die Klimakrise und die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2020.



ZUR PERSON
Vizebürgermeisterin Birgit Hebein

Nach den akuten gesundheitlichen Herausforderungen der Coronakrise steht nun das geordnete Hochfahren der Wirtschaft im Vordergrund. Wie kann die Stadtpolitik die nun anstehende Phase des „Rebounds“ unterstützen?

Zuallererst: Wir befinden uns noch mitten in der Krise. Wir haben es in einem gemeinsamen Kraftakt geschafft, die Infektionszahlen massiv einzudämmen. Aber die Krise wird uns noch sehr lange beschäftigen. Die Phase, in der wir uns jetzt befinden, ist aus meiner Sicht eine besonders kritische Zeit. Unglaublich viele Menschen haben ihre Arbeit verloren, stehen ohne Einkommen da. Es ist jetzt die gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft, einen nachhaltigen Wiederaufbau zu schaffen, der niemanden zurücklässt. Für die Stadtpolitik sind dabei aus meiner Sicht zwei Aspekte zentral. Zum einen werden wir Projekte, die uns aus der akuten wirtschaftlichen Krise bringen, vorantreiben. Zum anderen können wir so auch die zweite große Krise, in der wir uns gerade befinden, bekämpfen: Die Klimakrise. Nachhaltige Jobs zu schaffen, bedeutet, in klimafreundliche Infrastruktur zu investieren und regionale, krisenfeste Unternehmen zu unterstützen und zu fördern.

Letztes Jahr hat die Stadt Wien die „Smart-City-Wien Rahmenstrategie“ überarbeitet. Da-

bei handelt es sich um eine Dachstrategie für die nachhaltige Entwicklung der Stadt bis zum Jahr 2050. Was sind die Kernpunkte und welche Rolle spielen Wirtschaft und Industrie dabei?

Sie gibt uns klare Ziele im Kampf gegen die Klimakrise vor. Lokale Treibhausgasemissionen werden massiv reduziert – bis 2050 um 85 Prozent. Die Prämissen dieser Strategie sind soziale Inklusion, Innovation und Digitalisierung. Der Kampf gegen die Klimakrise ist ohne Beachtung sozialer Aspekte nicht denkbar. Zentral in der Zeit nach Corona ist, dass wir die Klimakrise nicht übersehen. Gegen die Klimakrise wird es keine Impfung geben. Während Corona eine Inkubationszeit von wenigen Tagen hat, merken wir die Veränderung des Klimas erst nach Jahren und Jahrzehnten. Wir müssen die aktuelle Situation als Chance begreifen, Wirtschaften anders zu denken. Die Smart-City-Strategie legt dabei besonderes Augenmerk auf eine prosperierende und nachhaltige Wirtschaft. Ziel ist, die Rolle Wiens als Standort für eine kreislaforientierte, ressourceneffiziente und innovative Wirtschaft

im internationalen Kontext zu festigen, auszubauen und Innovationen anzuziehen.

Am 11. Oktober 2020 wählt Wien einen neuen Landtag und Gemeinderat. Auf welche Themen werden die Grünen im Wahlkampf setzen?

Das wichtigste Thema ist für uns: Wie geht es weiter nach Corona, wie schaffen wir es, die Klimakrise genauso effizient wie die aktuelle Gesundheitskrise zu bekämpfen? Lokale Produktion und ein ausgewogener Branchenmix in Produktion und Handel sind wichtig, um einerseits die Versorgung in der Stadt zu garantieren und andererseits, um die Wege kurz zu halten. Das kommt schlussendlich auch dem Klima zugute. Wichtig ist auch die Frage „Wer zahlt die Krise?“ Man kann diese Frage sowohl auf die Corona- als auch die Klimakrise beziehen. Entweder es zahlt die Masse der Menschen, die wenig haben oder wir führen eine ernsthafte Verteilungsdiskussion. In diesem Zusammenhang freue ich mich besonders auf die Diskussionen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft.